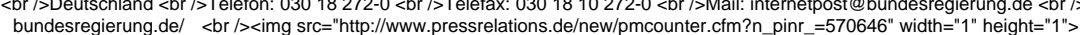




## Orden Pour le mérite wählt neues Mitglied

Orden Pour le mérite wählt neues Mitglied  
Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Monika Grütters, gibt auf Wunsch der Kanzlerin des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste, Prof. Dr. Dr. Christiane Nüsslein-Volhard bekannt: Das Kapitel des Ordens hat in seiner Sitzung am 01. Juni 2014 in Berlin das folgende Mitglied zugewählt: Inländisches Mitglied Michael Stolleis - Jurist und Rechtshistoriker - Herr Professor Stolleis hat inzwischen die Wahl angenommen. Dem Orden gehören derzeit 39 inländische und 35 ausländische Mitglieder an. Die Biografie ist beigefügt. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien finanziert den Orden und betreut ihn organisatorisch. Der Orden wurde 1740 von Friedrich dem Großen für besondere militärische Leistungen gestiftet. Er war neben dem Orden vom Schwarzen Adler die bedeutendste Auszeichnung, die in Preußen vergeben werden konnte. Auf Anraten Alexander von Humboldts stiftete König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen 1842 die zivile Klasse: den "Orden Pour le mérite für Wissenschaften und Künste".  
Kurzbiographie  
Professor Dr. Dr.h.c. mult. Michael Stolleis - geboren 20. Juli 1941 in Ludwigshafen am Rhein - Jurist und Rechtshistoriker - Leben und Werk  
Michael Stolleis hat 1960 sein Abitur in Neustadt a.d. Weinstraße gemacht, eine Winzerlehre abgeschlossen und ab 1961 in Heidelberg und Würzburg Rechtswissenschaft, Germanistik und Kunstgeschichte studiert. 1965 erstes juristisches Staatsexamen in Würzburg. 1967 Promotion in München, 1969 Zweites Juristisches Staatsexamen, 1973 Habilitation in München für Staats- und Verwaltungsrecht, Neuere Rechtsgeschichte und Kirchenrecht. 1974/75 Berufung an die Goethe-Universität Frankfurt. Er hat dort bis 2006 Staats- und Verwaltungsrecht, Sozialrecht und Kirchenrecht gelehrt. 1992 bis 2006 leitete er das Max-Planck-Institut für europäische Rechts-geschichte (Frankfurt am. M.), seit Herbst 2007 bis 2009 nochmals kommissarisch. Ehrungen, Auszeichnungen und Mitgliedschaften  
Für seine Arbeiten wurde ihm 1991 der Leibniz-Preis der DFG zugesprochen, 1995 der Research Award der Jubiläumsstiftung der Schwedischen Reichsbank, 2000 der Preis der italienisch-schweizerischen Balzan-Stiftung. Er hat Ehrendokorate (Lund, Toulouse, Padua, Helsinki) erhalten und ist Mitglied der Akademien in Mainz, Berlin-Brandenburg und Göttingen, der National-Akademie Leopoldina Halle, der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt, der Akademien in Helsinki und Kopenhagen sowie von wissenschaftlichen Gesellschaften (Lund, Frankfurt).  
Veröffentlichungen  
Seine Forschungsschwerpunkte liegen sowohl in der europäischen Rechtsgeschichte der Neuzeit wie im Sozialrecht Wichtigste Bücher: Gemeinwohlformeln im nationalsozialistischen Recht, Berlin (Schweitzer) 1974; Geschichte des öffentlichen Rechts, Bd. I München 1988, Bd. II München 1992, Bd. III München 1999 (Studienausgabe 2002), Bd. IV München 2013; Staat und Staatsräson in der frühen Neuzeit, Frankfurt 1990; Konstitution und Intervention, Frankfurt 2001; Recht im Unrecht, Frankfurt 1994 (2. A. 2006); Geschichte des Sozialrechts in Deutschland, Stuttgart 2003; Das Auge des Gesetzes. Geschichte einer Metapher, München 2003. Übersetzungen in zahlreiche Sprachen.  
Presse- und Informationsamt der Bundesregierung  
Dorotheenstr. 84  
10117 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030 18 272-0  
Telefax: 030 18 10 272-0  
Mail: internetpost@bundesregierung.de  
URL: <http://www.bundesregierung.de/>  


## Pressekontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

[bundesregierung.de/](http://bundesregierung.de/)  
[internetpost@bundesregierung.de](mailto:internetpost@bundesregierung.de)

## Firmenkontakt

Bundesregierung

10117 Berlin

[bundesregierung.de/](http://bundesregierung.de/)  
[internetpost@bundesregierung.de](mailto:internetpost@bundesregierung.de)

Das Volk übt die Staatsgewalt in Wahlen aus und hat auch das letzte Wort bei der Kontrolle der wichtigsten Einrichtungen des Staates, den fünf "Verfassungsorganen". Diese sind der Bundestag und der Bundesrat mit gesetzgebenden Aufgaben ("Legislative"), das Bundesverfassungsgericht zur höchsten Rechtsprechung ("Judikative") und schließlich der Bundespräsident und die Bundesregierung, die ausführende Aufgaben übernehmen ("Exekutive"). Die Bundesregierung steuert die politischen und staatlichen Geschäfte. Sie besteht aus dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern. Zusammen bilden sie "das Kabinett".